

### **1 Was bringen Sie ein, um die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht zu erreichen? (Wiedereingliederung insbesondere von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt, Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, Abschaffung des Ehegattensplittings)?**

Wir haben das Ziel der Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Die Finanzierung des Sozialsystems ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in die Bezieher und Bezieherinnen möglichst aller Einkommensarten einbezogen werden sollen. Außerdem soll die Einbindung von Erwerbstätigen in die Arbeitslosenversicherung nicht mehr von der Höhe des Einkommens abhängig sein. Alle bestehenden Rentensysteme sollen zu einer Rentenkasse zusammengeführt werden. Beitragsbemessungsgrenzen entfallen dabei und es wird der Anspruch auf eine Rente erworben, die sich in einem Minimal-/Maximal-Korridor bewegt. Auch in der Krankenversicherung sehen wir eine gemeinschaftliche Finanzierung als sinnvolles Modell. Aufgrund der damit verbundenen Einschränkung der Wahlfreiheit der Bürger und Bürgerinnen werden wir uns in dieser Frage für einen Volksentscheid einsetzen, um einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen.

Auch die Piratenpartei setzt sich für eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts ein. Wir wollen dabei allerdings stets die soziale Gerechtigkeit im Auge behalten. Dazu zählt auch der Abbau von Fehlanreizen: Das Ehegattensplitting fördert die klassische Alleinverdiener-Ehe und führt dadurch zum Rückzug gerade vieler Frauen aus der Erwerbstätigkeit. Wir wollen es zugunsten einer Individualbesteuerung abschaffen und künftig in eine Familienförderung investieren, die allen Familien mit Kindern gleichermaßen zu Gute kommt.

### **2 Wie stehen Sie zur Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes?**

Wir sprechen uns dafür aus. Einen Mindestlohn sehen wir für das Jahr 2013 bei 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete Arbeitsverhältnisse, denn wir wollen gleichzeitig der Unsitte, immer mehr reguläre in prekäre Arbeitsplätze zu verwandeln, entgegenzutreten. Die Werte orientieren sich am 60 %igen Durchschnittslohn und sollen bis zur endgültigen Festsetzung durch eine Expertenkommission gelten. Der Wert würde jährlich angepasst.

### **3 Wie wollen Sie Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern erreichen?**

Verschiedene Kandidatinnen und Kandidaten der PIRATEN für den Bundestag haben sich bereits für ein **Entgeltgleichheitsgesetz** ausgesprochen und die generelle Forderung nach gleicher Bezahlung steht in unserem Wahlprogramm. Wir legen dabei Wert auf gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, denn es kann nicht sein, dass ein männlicher Maschinenwärter mehr verdient als eine weibliche Kindergärtnerin. Die Piratenpartei steht außerdem für mehr Transparenz, denn oft kann schon Transparenz über Missstände dazu beitragen, diese Missstände zu verringern. Die Datenlage zur Entgeltungleichheit in Deutschland ist jedoch schlecht - hier wünschen wir Veränderungen und mehr Berichtspflichten durch Unternehmen.

Außerdem liegen Parteibeschlüsse oder Meinungsbilder für folgende gesetzliche Regelungen vor, die indirekt zur Beseitigung des Gender Pay Gaps beitragen werden:

- \* Einen Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt.

- \* Einen Rechtsanspruch, von einer Teilzeitstelle wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Teilzeitarbeit muss außerdem auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.
- \* Einen gesetzlichen Mindestlohn von € 9,02 bei regulären und € 9,77 bei befristeten Arbeitsverträge bis zur endgültigen Berechnung durch eine Expertenkommission bei jährlich neuer Berechnung.
- \* Eine gesetzliche Regelung für den öffentlichen Dienst, die diesen verpflichtet, in Vorbildfunktion Teilzeitarbeit und "kurze Vollzeit" auch in der Ausbildung und in Führungspositionen anzubieten.
- \* Abschaffung des Ehegattensplittings.

#### **4 Was tun Sie, um die Aufwertung/Gleichstellung von vergleichsweise schlechter entlohnter Dienstleistungsarbeit gegenüber Technikberufen zu erreichen?**

Das von uns angestrebte Bedingungslose Grundeinkommen ist eine Maßnahme, die Arbeitnehmenden ihre Souveränität zurückgibt. Schlecht oder ungleich bezahlte Jobs können abgelehnt werden, weil die Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebenden gestärkt wird: Das Einkommen ist schließlich auch dann gesichert, wenn der Job abgelehnt wird.

Bis zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens fordern wir einen branchenübergreifenden und allgemein gültigen Mindestlohn in Höhe von ca. 60% des Durchschnittsarbeitnehmereinkommens. Das verkleinert die Schere zwischen gut bezahlten und schlecht bezahlten Stellen und führt zu einer ökonomischen Aufwertung u.a. von schlecht entlohnter Dienstleistungsarbeit wie Sorgeberufen.

#### **5 Was ist aus Ihrer Sicht erforderlich, um die im Vergleich zu Männern insgesamt geringere Partizipation von Frauen an beruflicher Ausbildung/Weiterbildung (auch der Arbeitsagentur) zu verbessern?**

Die Tatsache, dass es im Osten Deutschlands kaum eine Differenz bei der Partizipation der Geschlechter in Aus- und Weiterbildung gibt, zeigt, dass dies prinzipiell auch im Westen erreicht werden kann. Wir setzen uns für eine "Bildungsgrundeinkommen" ein, das wie ein BAFöG ohne Darlehensanteil zu jedem Lebenszeitpunkt in Anspruch genommen werden kann, um eine Aus- und Weiterbildung und den eigenen Lebensunterhalt während dieser Zeit zu finanzieren.

Der Gender-Datenreport des BMFSJ zeigt, dass Frauen im Westen insbesondere dann weniger Möglichkeiten der Weiterbildung wahrnehmen, wenn sie mit Kindern zusammenleben. Das weist darauf hin, dass eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Aus- und Weiterbildung notwendig ist. Dafür benötigt es flexible, elternfreundliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Betreuungsmöglichkeiten in den jeweiligen Stätten der Aus- und Weiterbildung.

Die Piratenpartei setzt sich für einen Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt ein. Trickereien, wie aktuell mit der Bereitstellung von Halbtagsplätzen als vollständige Erfüllung der rechtlichen Vorgaben, darf es nicht geben. Bei der Finanzierung würden wir u.a. das Geld aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes nutzen wollen, das auch bei der Aus- und Weiterbildung Fehlanreize setzt.

Kürzere Arbeitszeiten erleichtern es, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen. Dafür müssen hinreichend viele Arbeitsplätze eine Teilzeitarbeit oder eine "kurze Vollzeit" von 30 bis 35 Stunden pro Woche ermöglichen – auch bei Ausbildungsplätzen! Der öffentliche Sektor und die

Politik sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Verkürzte Arbeitszeit darf nicht mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten bestraft werden. Die Beschäftigten sollen bei der Ausgestaltung von Teilzeitarbeit und "kurzer Vollzeit" möglichst viele Mitspracherechte haben.

Nicht zuletzt muss das innovative Potenzial der Digitalen Revolution auch für familienfreundliche Aus- und Weiterbildung ausgeschöpft werden.

## **6 Was tun Sie gegen die Altersarmut von Frauen?**

Wenn Menschen einen großen Teil ihrer Lebenszeit Kindern und Pflegebedürftigen widmen, darf ihnen daraus im Alter kein Nachteil entstehen. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente reicht dafür nicht aus. Wir fordern daher eine Mindestrente als Vorstufe zum Bedingungslosen Grundeinkommen.

Generell wollen wir im Rahmen der Sozialversicherungen neue Konzepte anstoßen. Diese sollen solidarischer gestaltet sein. Alle steuerpflichtigen Einkommen sollen zu ihrer Finanzierung herangezogen werden. Beitragsbemessungsgrenzen müssen fallen. Renten werden in einem Korridor von Mindest- bis Höchstrente ausgezahlt.

Außerdem wollen wir früh ansetzen und bereits die Ursachen des Gender Pension Gap bekämpfen. Dazu gehört, dass Frauen derzeit weniger Zeit mit Erwerbsarbeit verbringen und viele Tätigkeiten, die derzeit mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, nicht oder nur schlecht entlohnt werden (z.B. Sorgearbeit). Um hier gegenzusteuern, setzen wir auf die verschiedenen konkreten Maßnahmen wie die in der Antwort zur Frage nach der Entgeltgleichheit genannten.

Das Einführen eines BGE und/oder einer Mindestrente sorgt zudem dafür, dass im Rentenalter ein gesichertes Einkommen gewährleistet ist.

## **7 Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um von (häuslicher) Gewalt betroffene Frauen und Kinder verlässlich zu schützen?**

Dringend notwendig ist eine bedarfsorientierte und verlässliche Finanzierung der Schutzhäuser. Derzeit finanzieren sie sich neben der Landesförderung durch freiwillige kommunale Leistungen. Hier muss auch der Bund in die Pflicht genommen werden und den steigenden Zahlen Hilfesuchender Rechnung tragen. Die angedachte Praxis einzelner Kommunen, zukünftig erst die finanzielle Situation der hilfesuchenden Frauen klären zu wollen, lehnen wir ab. Jeder Mensch hat das Recht, gewaltfrei zu leben, egal wie die Einkommens- und Vermögensverhältnisse aussehen. Dies umfasst auch den Aufbau von Männerhäusern, von denen es bislang in Deutschland erst zwei Stück (Berlin, Oldenburg) gibt. Denn auch von Gewalt betroffene Männer, sowohl in heterosexuellen wie in schwulen Beziehungen, brauchen Unterstützung.

Einen besonderen Fokus legen wir auf Präventionsarbeit, denn am besten ist es immer, wenn es gar nicht erst zur Tat kommt. Wo Taten nicht verhindert werden konnten, brauchen Betroffene kompetente und kostenlose psychologische Betreuung, Existenzsicherung unabhängig vom Täter und ein Sicherheitsnetz auch für die Kinder.

*Der DGB hat am 25.06.2013 zusammen mit 16 weiteren Verbänden und 24 Wissenschaftler/innen einen breiten Aufruf für eine nachhaltige Reform der Minijobs gestartet. Ziel des Aufrufes ist es, eine nachhaltige Reform der Minijobs einzufordern und zu verdeutlichen, dass es bei vielen,*

*verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eine große Übereinstimmung dahingehend gibt, dass Minijobs ein Irrweg sind, dass sie vor allem die Beschäftigungschancen und damit die (Un)Möglichkeit der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen stark beeinflussen und dass sie arbeitsmarktpolitisch starke Fehlanreize setzen.*

## **8 Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um diese Reform auf den Weg zu bringen?**

Wir wollen der Unsitte entgegenreten, dass immer mehr reguläre in prekäre Arbeitsplätze verwandelt werden. Daher lehnen wir auch Minijobs als nicht zielführend ab und verwenden keine Zeit auf Überlegungen, wie diese sozialverträglicher gemacht werden können. Stattdessen wollen wir im Rahmen der Sozialversicherungen neue Konzepte anstoßen. Diese sollen generell solidarischer gestaltet sein. Alle steuerpflichtigen Einkommen sollen zu deren Finanzierung herangezogen werden. Jeder muss gemäß seiner Leistungsfähigkeit einen Teil beitragen. Beitragsbemessungsgrenzen müssen fallen. Renten werden in einem Korridor von Mindest- bis Höchstrente nach Schweizer Modell ausgezahlt.